

Haushaltsrede der UWG - Fraktion zum Haushalt 2019

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Weidenhaupt,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Bürger,

von meinen Vorrednern ist bereits zu den Themenfeldern Jugendhilfe, Soziales und Schule gesprochen worden.

Die UWG-Fraktion hat in den vergangenen Jahren – trotz sehr angespannter städtischer Finanzsituation – stets vorrangig und mit positiven Ansätzen den Haushalt mitgetragen, weil die Kinder und Hilfsbedürftigen in unserer Stadt besonderer Hilfe und Unterstützung bedürfen!

Die „Unabhängige Wählergemeinschaft“ hat bei den Vorberatungen - neben unseren eigenen Vorschlägen und Anträgen - die Vorgaben der Verwaltung und die Änderungswünsche der Parteien deshalb mitgetragen!

Ich möchte mich in meinen Ausführungen - zur Vermeidung von Wiederholungen - auf einige für uns wesentliche, andere Punkte des Haushaltsentwurfes für 2019 konzentrieren.

Wie wichtig für die Zukunft unserer Republik gerade der Bereich Bildung ist, haben wir bis in die letzten Tage hinein verfolgen können!

Das Kita-Gesetz wurde in Berlin von Bundestag und Bundesrat quasi in letzter Minute auf den Weg gebracht.

Die Gelder des Bundes in Milliardenhöhe dienen dem dringend nötigen Ausbau der Kitas – speziell in den finanziell schwachen Bundesländern - ,damit nicht schon der Geburtsort eine entscheidende und leider negative Rolle im späteren Bildungsniveau unserer Heranwachsenden spielt!

Damit kommt man einer Uralt-Forderung der UWG nach, die stets die kostenfreie Kita gefordert hat!

Auch in Eschweiler haben wir lange Zeit von der Ratsmehrheit mit Hinweis auf die desolante Haushaltslage Ablehnung für diese Notwendigkeit hören müssen!

Wenn Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen soll - was wir für eine richtige Forderung halten – dann müssen frühkindliche Erziehung, Schule und Studium – unter den Bedingungen entsprechender Leistungsnachweise - vom Staat über Steuereinnahmen finanziert werden.

Dass dies allerdings noch nicht allgemeiner Konsens ist, ist für die zukünftige Entwicklung eines Staates wie Deutschland beschämend und negativ folgenreich!

In Eschweiler hat sich der Rat selbst in Zeiten äußerst angespannter Haushaltslage verhältnismäßig sehr bemüht, aber dennoch längst nicht alle Notwendigkeiten aus eigener Kraft stemmen können.

Leider ist der Nachholbedarf im Bereich der Bildung und Ausbildung gerade angesichts einer bisher nicht gekannten Schnelligkeit der Entwicklung im sogenannten „digitalen Zeitalter“ immer noch enorm.

Nur mittels verstärkter Zusammenarbeit und finanzieller Hilfe auf allen politischen Ebenen und über ideologische Grenzen hinweg können wir den Abstand zu zahlreichen uns in der Entwicklung inzwischen vorausgeeilten Staaten verringern!

Die dringend benötigten Gelder des sogenannten „Digitalpaktes“, der eine Finanzspritze vom Bund in Höhe von 5 Mrd. Euro vorsieht, ist leider in diesen Tagen noch immer „Zankapfel“ zwischen Bund und Ländern.

Eine einstimmige Ablehnung aller Bundesländer im Bundesrat ist Beweis dafür, dass diese wichtige Finanzspritze zum Pokerspiel geworden ist! - Nach der Überweisung in den Vermittlungsausschuss und Zugeständnissen an die Länder wird die letztliche Zustimmung ebenso einstimmig sein!! -

Und der frustrierte Bürger fragt zu recht: „Muss das sein?!“

Unabhängig von diesen Geldern des Bundes hat die Stadt Eschweiler jedoch bereits für 2019 die Ansätze für die Beschaffung von digitalen Endgeräten für die Schulen erhöht, was wir ausdrücklich begrüßen.

Mehr Geld bedeutet eine dringend notwendige Beschleunigung in diesem zentralen Bildungsbereich!

Lassen Sie mich nun zu einem Thema kommen, das - seit der sogenannten „Hertie-Pleite“ und dem damit verbundenen Verfall des „City-Centers“ - viel und von vielen diskutiert wird, sich aber derzeit – noch – in einem an die ersten Nachkriegsjahre erinnernden Zustand befindet! -

Die UWG begrüßt ausdrücklich, dass – nach dem Intermezzo der Investoren Schumacher/Pieroth – nunmehr mit dem international tätigen niederländischen Bauunternehmen Ten Brinke ein potenter Investor die derzeitige Branche in Angriff nimmt.

Ich habe nicht vor, in noch nicht zu diskutierende Details eines Bauantrages für das geplante „Rathaus-Quartier“ einzusteigen – zumal dieser noch gar nicht vorliegt - !

Vielmehr möchte ich an alle appellieren, sich dessen bewusst zu sein, dass es bei dem notwendigen Zig-Millionen-Investment nicht beliebig viele Interessenten gibt, die dieses in Eschweiler und für Eschweiler stemmen wollen und können!

„Kapital ist bekanntlich ein scheues Reh“, das auch anderenorts leicht einen Platz findet!

Um eventuell eigene Vorstellungen bei der Umsetzung dieses für unsere Stadt so wichtigen Projekts mit in die endgültigen Pläne einfließen zu lassen, bedarf es mit Sicherheit bedeutend mehr an Fingerspitzengefühl als es so manche Kritiker mit ihren „Forderungskatalogen“ bisher öffentlich bewiesen haben! -

Leider ist die Stadt Eschweiler nicht in der Situation, einem Investor Ultimaten zu stellen oder architektonischen Luxus einzufordern, doch hat ebenfalls kein Investor ein Interesse daran, mit einem unattraktiven Angebot Interessenten und Kundschaft zu verprellen!

Das gemeinsame Interesse am Erfolg sollte behutsam genutzt werden, wozu aber „soziale Netzwerke“ wohl nur wenig beitragen können.

Lassen Sie mich nun zum aktuell vor uns liegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 kommen:

Es scheint uns ja im dritten Jahr hintereinander recht gut zu gehen:

Einen Überschuss von gut 1,1 Mio. Euro erhofft sich der Kämmerer bei einem Gesamtvolumen von etwa 185 Mio. Euro! Das sind nicht einmal 0,6 % !! -

Das Eis ist folglich weiterhin äußerst dünn, auf dem wir uns finanziell bewegen.

Wer denkt da noch an die fast 110 Mio. Euro, die wir von 2007 bis 2017 als Verluste erwirtschaftet haben?! - 10 Mio. Euro pro Jahr!

Begünstigt von sprudelnden Steuereinnahmen und gegen Null gegangenen Sollzinsen ist der quasi ausgeglichene Haushaltsentwurf 2019 kein Ruhekissen und sollte uns alle zur Vorsicht beim vorweihnachtlichen Geschenke-Verteilen mahnen!

Die UWG ist seit ihrer Gründung 1994 stets für ein sparsames Finanzgebaren eingetreten. Wir als Politiker im Rat sind schließlich nur die Treuhänder des uns von den Bürgern anvertrauten Geldes!

Deshalb will ich Ihnen einmal an einem aktuellen Beispiel verdeutlichen, wie wenig diese Treuhänderschaft inzwischen wieder beachtet wird:

Da stellte im Jahre 2014 der Schwimmverein Delphin einen Antrag auf „Bezuschussung der Einrichtung eines Schulungsraumes für schwimmsporttreibende Vereine“, der im Untergeschoss der Schwimmhalle Jahnstraße vom Verein geplant war. Eine Selbstbeteiligung von 10.000 Euro wurde in Aussicht gestellt! -

Aus diesem Wunsch, der mit einer Kostenvorstellung von maximal 200 T€ verbunden war, ist 2018 ein Antrag auf Ausbau durch die Stadt geworden, der aus vielerlei guten Gründen so nicht erfolgen dürfte!

Ich will dies in der gebotenen Kürze begründen:

Dem heute erneut vorgelegten TOP 390/18 fehlen trotz Anmahnung durch die UWG nach wie vor wichtige Voraussetzungen zur Genehmigung:

Im § 14 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW ist im Hinblick auf beabsichtigte Investitionen Nachstehendes zu lesen:

(1) Bevor Investitionen oberhalb der vom Rat festgelegten Wertgrenzen beschlossen und im Haushaltsplan ausgewiesen werden, *soll* unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, mindestens durch einen Vergleich der Anschaffungs- und Herstellungskosten nach § 33 Abs. 2 und 3 und der Folgekosten, die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden.

Ist Ihnen, meine Damen und Herren, etwas aufgefallen? -

Dem Kämmerer bestimmt!!

In der Vorschrift wird nämlich von *soll* gesprochen, nicht von *muss*!

Und darin liegt genau der Unterschied zwischen öffentlich und privat!! - Kein Bürger wird eine größere Investition beauftragen, ohne sich vorher genau über Sinn, Zweck und Notwendigkeit genau informiert zu haben!!

Sehr leicht würde es ihn finanziell überfordern, wenn er nicht

Vergleichsangebote einholt und die Folgekosten in seine Pläne einbezieht! - Die Umbaukosten in der inzwischen 55 Jahre alten Schwimmhalle, deren Eingangstreppe akuter Sanierungskosten in Höhe von 78.000 € bedarf, sind mit dem deutlichen Fragezeichen nach der Lebensdauer des Gebäudes zu versehen.

Für Schwimmbäder gilt eine Zeit von 40-70 Jahren.

Die „Grobkostenschätzung“ des Architekten kann und darf nicht die Basis für die Umsetzung dieses finanziellen Risikos sein, zumal sie inzwischen über pauschalierte 349.800 € (2017) auf 384.400 € (ohne Einrichtung) gestiegen ist!

Die Höhe der Kosten für den Brandschutz mit nach wie vor 20% der angenommenen Bauwerkkosten KG 300 (213.500 €) und der Außenanlagen KG 500 (30.000 €) anzusetzen, ist nach den verschärften Brandschutz-Auflagen seit dem Brand im Düsseldorfer Flughafen kaum noch nachvollziehbar!

Die UWG würde eine Neuplanung unterstützen, die nicht von der Planung bis zur Fertigstellung als finanzielles Abenteuer einzustufen wäre, und hat deshalb erneut die Absetzung des Tops beantragt, der nahezu allen Investitionsvorschriften der öffentlichen Hand widerspricht! -

Es müssen nicht unbedingt der Berliner Flughafen, die Hamburger Elbphilharmonie oder das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ als unrühmliche Beispiele angeführt werden, bei denen die Bürger und Steuerzahler mit Milliardensummen als Bürgen für Fehlplanungen und Missmanagement der öffentlichen Hand in Haftung genommen werden!

Die UWG - Fraktion wird den eventuellen Beschluss an höherer Stelle auf seine Rechtmäßigkeit prüfen lassen!

Fazit der UWG: Neubau ja, Einbau nein!

Als letzten – aber aus Sicht der UWG wichtigsten - Punkt meiner Ausführungen spreche ich die Straßenausbaubeiträge an:

Es war ja nun wahrlich nicht die SPD, die sich für die Abschaffung dieser „Steuer aus Kaiser's Zeit“ in NRW als erste stark gemacht hat! - Sie, sehr geehrte Frau Leonhardt, wollten uns das noch vor Wochen glauben machen!

Im Gegenteil: Es war die SPD, die diese „Unrechtssteuer“ wie sie von Herrn Kutschaty, dem SPD-Fraktionschef im Düsseldorfer Landtag, zu recht genannt wurde, jahrzehntelang als Einnahmequelle beim „sehr betroffenen Bürger“ abkassiert hat.

Mit der heutigen Resolution an den Düsseldorfer Landtag springt die SPD lediglich auf einen Zug auf, der unablässig und – zum Ärger der zögerlichen Entscheider im Landtag – seit Oktober mit großem Bürgerecho durch NRW dampft! -

Und dieser Zug läuft mit der geballten Kraft verlorener Wählerstimmen!!

Der Antrag unseres Eschweiler Ratskollegen, Herrn Kämmerling, als Vorsitzender des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen ist gut, weil er die Abschaffung des § 8 KAG fordert.

Im Haushalts- und Finanzausschuss hat Herr Kämmerling Gelegenheit, dem Landesminister für Finanzen Vorschläge zur Finanzierung der Ausfälle in Höhe von durchschnittlich 125 Mio. € pro Jahr zu machen, die die den Kommunen in NRW durch den Wegfall des § 8 KAG entstehen.

Dieser Betrag scheint nur im ersten Blick hoch zu sein, gemessen am gesamten Haushaltsvolumen von 75 Mrd. € sind 125 Mio. € aber nur 1,6 Promille!

Wie man sich angesichts der berechtigten Verärgerung und Wut der Bürger und Wähler als SPD möglicherweise heute mit schwachen Argumenten gegen seine eigene Resolution stellen kann oder will, bleibt dem Normalbürger wohl auf immer verschlossen! -

Restlos enttäuscht ist -- nicht nur - die UWG allerdings von den CDU- und FDP-Vertretern im Landtag, die offenbar bisher den Schuss noch nicht gehört haben, den -- neben zahlreichen Bürgern auch ihre Parteivertreter vor Ort abgegeben haben.

Angesichts der Welle von Unterschriften, die NRWweit als Auftakt zu einer Volksinitiative vom „Bund der Steuerzahler NRW“ gestartet wurde und die inzwischen die notwendige Zahl von 66.000 Unterschriften längst übertroffen hat, wagen wir die Prognose, dass bei dem bisher von der CDU und der FDP in Düsseldorf an den Tag gelegten Unwillen, den Bürgerforderungen auf Abschaffung des § 8 KAG nachzukommen, die notwendigen Kreuzchen zum Machterhalt ebenso fehlen wie den Bürgern das Geld für die zu Unrecht abverlangte „Straßenausbausteuer“!! -

Möchte da die SPD - trotz der gegenteiligen Resolution im Rat -- etwa hier ebenfalls statt auf's Gaspedal auf die Bremse treten?! -

Abschließend möchte ich im Namen der UWG und aller Eschweiler Bürger von dieser Stelle aus allen herzlich danken, die sich als Sammler für Unterschriften zur Verfügung gestellt haben! -
Sie haben einen großen Beitrag zum Gelingen der Volksinitiative geleistet!

Aus diesem Grunde hatte die UWG zur heutigen Sitzung den Antrag zur Beschlussfassung eingereicht, die Rechnungsstellung der Straßenausbaubeiträge so lange auszusetzen, bis eine Gesetzesänderung im Landtag vollzogen ist.

Damit würden wir nämlich lediglich dem Verhalten zahlreicher Kommunen folgen, die bereits so verfahren werden.
Die Verschiebung der Berechnung der KAG-Beiträge durch die Stadt Eschweiler wäre keineswegs ein potenzieller Verzicht, wie er jetzt als Drohmittel ins Gespräch gebracht werden soll! -

Wegen der Bedeutung, die ein Beschluss zur Abschaffung des § 8 KAG für die UWG hat, macht die UWG-Fraktion ihre Zustimmung zum Haushalt 2019 von der Entscheidung der Ratsmehrheit im Hinblick auf unseren Antrag abhängig!

Erich Spies
Fraktionsvorsitzender